

Bei- -ung

des Großherzogthums Posen.

Im Verlage der Hofbuchdruckerei von W. Decker & Comp. Redakteur: G. Müller.

Mittwoch den 20. März.

I n l a n d.

Berlin den 17. März. Des Königs Majestät haben geruht, den Assessor Mosig beim Landgerichte zu Görlitz, und den Gerichts-Amtmann Paul daselbst, zu Landgerichts-Räthen zu ernennen, dem Ober-Landesgerichts-Depositat-Rendanten Reinsch zu Glogau dagegen den Charakter als Hofrath zu ertheilen.

Der Fürst Maximilian Barclay de Tolly ist nach Dresden abgereist.

A u s l a n d.

F r a n k r e i c h.

Paris den 9. März. Im Messenger liest man: „Das Ministerium hat gestern abermals eine Niederlage erlitten; man debattirte über den außerordentlichen Kredit, wodurch die Ausgabe für die Zusammenziehung der Truppen, welche im vorigen Jahre zur Unterdrückung der Unruhen in Lyon und Grenoble verwendet wurde, gedeckt werden soll. Das Ministerium hatte diese Ausgabe gar nicht detaillirt, sondern verlangte, daß die Kammer blind über den Gesamtbetrag derselben abstimme. Der Bemühungen des Ministeriums ungeachtet überwieß aber die Kammer das Kapitel nochmals an die Kommission, um die Ausgaben für Lyon und Grenoble von einander zu trennen und dieselben monatsweise einzutheilen, damit sie genauer kontrollirt werden könnten.“

In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer war die Versammlung noch dergestalt von den Vor-

fällen in der Sitzung vom vorherigen Tage aufge-
regt, daß sie den Debatten nur eine sehr geringe Aufmerksamkeit schenkte. Die Erklärung des Präsidenten, daß er der Kammer ein ihm zugekommenes Schreiben mitzutheilen habe, machte indes bald der Zerstreuung ein Ende. Dies Schreiben war von dem Staatsrath Renouard und lautete also: „Mein Herr! Gestern verlangte einer unserer Kollegen (Herr von Ludre) den Namens-Aufruf, indem er sich darauf berief, daß man unmöglich zu den Mitgliedern der Bureau's noch Vertrauen haben könne. Ich verlangte, daß er dieserhalb zur Ordnung verwiesen werde. Als Repräsentant meines Landes, als Mitglied dieser Kammer, und da ich bei der Unabhängigkeit und Würde jedes einzelnen Mitgliedes betheilig bin, habe ich es für meine Pflicht gehalten, öffentlich zu reklamiren, und eben so öffentlich ersuche ich Sie, meinen Kollegen anzuzeigen, daß ich eine mir zugekommene Herausforderung zum Zweikampf abgelehnt habe.“ Der Inhalt dieses Schreibens wurde von der einen Seite beklatscht, von der andern gemißbilligt, und gab zu einer anhaltenden Bewegung Anlaß. Herr von Ludre stürzte zur Rednerbühne. Der Präsident verweigerte ihm indessen das Wort und erklärte, daß, um ferneren Explikationen über eine Sache, welche die Kammer schon sozulange beschäftigt habe, vorzubeugen, er einige Worte sagen müsse. Tages zuvor habe er sich genöthigt gesehen, kraft des ihm zustehenden Rechtes, einen Deputirten zur Ordnung zu ermahnen, und die Pflicht jedes Mitgliedes der Kammer erheische, daß er sich einer solchen Entscheidung unterwerfe; mit dieser sei aber auch Alles abgethan. — Ungeachtet dieser Erklärung verlangte Herr von Ludre wiederholt das Wort; da

der Präsident es ihm aber eben so oft vorenthielt, so verzichtete er zuletzt von selbst darauf.

Der Kaiserl. Oesterreichische Botschafter und der Königl. Preussische Gesandte hatten gestern, nach Ankunft zweier Couriere von ihren resp. Höfen, Konferenzen mit dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

Herr Faubert stattete gestern Herrn Dupin, den er in der Sitzung der Kammer stark beleidigt hatte, einen Besuch ab.

„Herr Baude“, äußert die Gazette de France, „scheint das doktrinaire Ministerium sehr gereizt zu haben, indem er demselben sagte, keine Rednerbühne sei zu hoch, um Ueberläufer zum Feinde zu brandmarken. Wenn man sich daran erinnert, was die Doktrinaires unter der Restauration gethan haben, und bedenkt, daß die meisten derselben Minister Ludwigs XVIII. und Karls X. waren, so sieht jene Aeußerung des Herrn Baude in der That einer Persönlichkeit ähnlich.“

Herr v. Ludre erklärt in den heutigen Zeitungen, daß er Herrn Renouard nicht darum zum Zweikampf herausgefordert habe, weil dieser in der vorgestrigen Sitzung darauf angetragen, ihn (Hrn. Ludre) zur Ordnung zu verweisen, sondern weil er in der Miene und den Handbewegungen des Hrn. Renouard etwas ihn persönlich Verletzendes wahrzunehmen glaubt habe.

Der Graf Pozzo di Borgo ist aus London hier angekommen.

Der Graf von Salaberry, der bekannte Deputirte von der rechten Seite unter dem Ministerium Villèle, sucht in der Gazette de France die Unangemessenheit des politischen Eides darzuthun, den man den Wählern in Frankreich abfordert, und stützt diese Ansicht besonders darauf, daß bei den häufigen Regierungs-Wechsellern, die in den letzten vierzig Jahren in Frankreich stattgefunden, jener Eid seine ganze Bedeutung verloren habe. Diese herkömmliche Schwandlichkeit wird in der Geschichte unseres Jahrhunderts einst das Grund-Uebel der Franzosen genannt werden. Das Gewissen des Liberalismus ist so gestählt gegen die Eidschwüre, wie der Magen des Königs Mithridates es gegen das Gift war.

Herr Baude hat an die Redaktion des Temps folgendes Schreiben gerichtet, welchem der Redakteur des Moniteur die Insertion verweigert hat: „Paris den 7. März. M. H., mich haben gestern und heute so viele Personen gefragt, ob es denn wahr sei, daß ich nach der Sitzung vom 5. d. M. die Minister auf ihrer Bank beschimpft hätte, daß ich nicht umhin kann, ein Gerücht zu widerlegen, welchem eine Maßregel, über die ich nicht die Absicht habe mich zu beklagen, einige Glaubwürdigkeit zu verleihen scheint. Nach der Sitzung ward ich von zwei Ministern und einigen Deputirten aus den Centris über die Art, in der ich auf der Rednerbühne von einem Ueberläufer bei Waterloo ge-

gesprochen, lebhaft zur Rede gestellt. „Ich werde,“ erwiderte ich, „niemals eine Rednerbühne zu hoch finden, um Männer zu brandmarken, welche am Tage vor einer Schlacht zum Feinde übergehen. Zwischen Franzosen, die gegen einander gekämpft haben, ist die Versöhnung leicht, sie ist unmöglich mit denen, welche zur Partei des Auslandes gehören.“ — Der Constitutionnel meldet, daß die Mitglieder des Staats-Raths Herrn Baude einen Besuch abgestattet, um ihm ihre Theilnahme wegen seiner Absetzung zu bezeugen.

Der Messager erzählt, Herr Billemain habe am 6. d. M. in den Salons des Herzogs von Broglie seine lebhafteste Mißbilligung über die Absetzung der Herren Baude und Dubois geäußert.

Der National sagt: „Die beiden hervortretenden Thatsachen der vorgestrigen Sitzung der Deputirten-Kammer sind, die Verwerfung einer auf die Anweisung des Marschalls Soult gemachten Ausgabe mit allen Folgen, welche eine solche Verwerfung hat, und der Kampf zwischen dem Präsidenten der Kammer und den Ministern.“ — Das Journal du Commerce fordert den König auf, dem gegenwärtigen ungewissen Zustande ein Ende zu machen und ein neues Ministerium zu ernennen.

Die Quotidienne enthält ein Schreiben des Fräuleins von Kersabiec, worin diese gegen jede Auslegung der Erklärung der Herzogin v. Berry, welche nachtheilig für die Prinzessin ausfallen könnte, protestirt.

Vorgestern fand im Boulogner Gehölz zwischen Herrn Barrière, einem der Haupt-Beamten der hiesigen Präfektur, und Herrn Bourgeois, einem Mitgliede des hiesigen Stadt-Rathes, in Folge eines Streites, ein Zweikampf statt, der aber ohne Blutvergießen ablief. Herr Barrière verfehlte seinen Gegner, welcher seinerseits sein Pistol in die Luft abfeuerte.

Vor dem Aßisenhof von Montbrison wurden am 7. d. M. die Zeugen-Verhöre beendet, worauf der Kron-Anwalt sein Requisitionarium hielt und die Advokaten der Angeklagten ihre Plaidoyers begannen.

Briefen aus Madrid zufolge, soll die Zusammenberufung der Cortes näher bevorstehen, als man bisher vermuthet hat.

Niederlande.

Aus dem Haag den 10. März. Dem Vernehmen nach sind gestern bei unserer Regierung neue Depeschen aus London eingegangen. Das Handelsblatt bemerkt: „Wenn man den umlaufenden Gerüchten über die Gefinnungen Englands und Frankreichs Glauben schenken darf, so sind beide Regierungen immer noch zur Fortsetzung der Unterhandlungen sehr bereit und auch geneigt, den neuernannten Holländischen Gesandten zu empfangen. Besonders soll der Fürst Talleyrand seit einigen Tagen lebhafter als je den Wunsch geäußert

haben, ein endliches Arrangement bald herbeigeführt zu sehn. Man hegt darum auch die Hoffnung, daß Herr Debel, der im Begriff ist, nach seinem Bestimmungs-Ort abzugehen, mit solchen Instruktionen versehen seyn wird, die einen guten Erfolg seiner Sendung versprechen. Der Englische Geschäftsträger, Herr Feringham, soll sogar vor einigen Tagen eine Note eingereicht haben, in der diese Hoffnung ebenfalls ausgesprochen wird."

Amsterdam den 10. März. Hier wollte man heute wissen, daß der neue Niederländische Gesandte Herr Debel, auf die von London eingegangenen günstigen Nachrichten seine Abreise bereits angetreten habe. Die Fonds-Course sind darauf merklich gestiegen.

Großbritannien.

London den 6. März. (Ueber Brüssel.) In der gestrigen Sitzung des Unterhauses wurde nach der Rede des Herrn O'Connell und nachdem Lord Althorp noch einiges darauf erwiedert hatte, über die erste Lesung der Bill zur Unterdrückung der Unruhen in Irland abgestimmt; es ergaben sich für die erste Lesung 466 Stimmen, gegen dieselbe 89, so daß dieselbe also mit einer Majorität von 377 Stimmen genehmigt wurde.

Der Courier sagt über obiges Ergebnis: „Die Debatten über die erste Lesung der Bill zur Unterdrückung der Unruhen in Irland sind endlich beendet, und die Majorität war so sehr bedeutend, daß die Opposition an jedem fernern Erfolg verzweifeln muß. Es ist zu hoffen, daß dieser Entscheidung und der Erörterung der Bill im Ausschusse kein unnützes Hinderniß in den Weg gelegt werde. Wenn man aber gegen den gesetzlichen Fortgang der Bill dikaniren sollte, so wird das Land mit den Ministern über die Nothwendigkeit übereinstimmen, das jetzige Reglement des Unterhauses zu suspendiren.“

Dasselbe Blatt enthält Folgendes: „Die gewöhnlich am besten unterrichteten Personen in der City sind übereinstimmend der Meinung, daß die Belgisch-Holländische Frage sich ihrer Lösung nahe. Die letzten Nachrichten aus Holland sagen, daß der König endlich in ein Arrangement mit England und Frankreich zur Uebergabe der beiden noch in den Händen der Holländer befindlichen Forts gewilligt habe, und daß er mit den fünf Mächten zur Unterzeichnung eines Definitiv-Traktates in Unterhandlung treten wolle.“

Der Standard enthält Folgendes: „Wir erwähnten kürzlich eines Schreibens des Grafen Grey an den Herzog von Portland, worin Ersterer die Verwaltung als in einem schwankenden Zustande geschildert, und den Beistand des edlen Herzogs in Anspruch genommen habe. Das Daseyn jenes Schreibens ist von dem Globe und Courier geleugnet worden; wir sind aber so frei, unsere Behauptung zu wiederholen und hinzuzufügen, daß die ministeriel-

len Unterhandlungen, deren wir gedacht haben, noch immer fortauern. Ueberall herrscht die Ueberzeugung vor, daß das Ministerium in seiner jetzigen Zusammenstellung nicht länger dauern kann.“

Der beabsichtigte Plan der Minister in Bezug auf die Westindischen Kolonien soll, wie man vernimmt, folgende Hauptpunkte in sich fassen: 1) Die unverzügliche Abschaffung der Sklaverei in den Kolonien; 2) die Entschädigung der Sklaven-Besitzer zu einem bestimmten Preise pro Kopf; 3) die Erhebung einer Anleihe für diese Entschädigung, welche in 30 Jahren zurückbezahlt werden soll; 4) soll der freigelassene Sklave durch die Magistrats-Personen angehalten werden, fünf Tage in der Woche, in der Ernte aber sechs Tage zu arbeiten; 5) soll in jeder Woche der Arbeitslohn von zwei Tagen abgezogen und in den gemeinschaftlichen Entschädigungs-Fonds gezahlt werden.

Der Guardian versichert, daß man in Frankreich nie die Absicht gehabt, mit England ein Handels-Bündniß abzuschließen.

Sei es Gewohnheit, sei es, daß besondere Interessen dabei ins Spiel kommen, die angesehnensten und einflußreichsten Kaufleute wünschen, daß England seine frühern Verhältnisse mit den Kontinental-Mächten wieder anknüpfen, und nicht ferner in ausschließender Allianz mit Frankreich verharren möge. Auch haben die bei dem Bundestage verhandelten deutschen Handelsgegenstände die Aufmerksamkeit unserer Regierung sehr auf sich gezogen.

Die Englische Presse beurtheilt Irland nicht so streng wie das Parlament; denn mit Ausnahme von 2 oder 3 Blättern, ist sie ganz gegen die Bill, welche der Sun eine, die ersten Grundzüge der Konstitution und der öffentlichen und Privatfreiheit gänzlich umstürzende Maßregel nennt.

Der Courier nimmt abermals den König Ludwig-Philipp und seine Regierung gegen die Angriffe der Oppositionsblätter in Betreff der Herzogin von Berry in Schutz, indem er behauptet, daß der König selbst in dieser Angelegenheit mit gesundem Urtheil und großem Zartgefühl verfahren. Was das künftige Schicksal der Herzogin betrifft, so ist dieses nach der Meinung jenes Blattes von so geringem Belange, daß es sich gar nicht der Mühe verlohne, sich deßhalb viel den Kopf zu zerbrechen.

In einem Schreiben aus Devonport vom 2. h. heißt es: „Das Transportschiff „Maitland“, welches gestern nach einer achttägigen Fahrt von Lissabon hier anlangte, berichtet, daß die Nachrichten von Dom Miguels Armee vor Porto sehr ungünstig lauteten. Der Typhus soll unter den Truppen sehr um sich gegriffen haben, wahrscheinlich in Folge der Entbehrungen und Strapazen, die sie während des Winters zu ertragen gehabt, und die durch die häufigen Beunruhigungen und Ausfälle der Truppen Dom Pedro noch vermehrt wurden. Es fehlt der Armee Dom Miguels an Nahrungsmitteln und

Kleidern, und eine Menge von Truppen hatten bei dem schlechten Wetter in den letzten vier oder fünf Wochen kein Obdach. Unwahr ist aber das Gerücht, daß vor Lissabon Kanfonnirungen und Vertheidigungs-Maßregeln vorbereitet würden, um die Stadt gegen einen Angriff Dom Pedro's zu schützen; im Gegentheil, man befürchtet in Lissabon dergleichen nicht im entferntesten."

Der Globe meldet: „Der Oberst Campbell ist von unserer Regierung nach Alexandrien gesandt worden. Obgleich Mehmed Ali eingewilligt hat, einen auf gewissen Grundsätzen beruhenden Vertrag mit dem Sultan abzuschließen, so sind doch die Bedingungen noch nicht festgestellt, und Oberst Campbell wird noch zu rechter Zeit dort angelangt seyn, um die Konsuln und Gesandten der andern großen Mächte bei ihrem Unternehmen, Mehmed die Annahme oder Stellung solcher Bedingungen anzuempfehlen, die zur Begründung eines dauernden Friedens dienen können, zu unterstützen.“

Schweiz.

Varau den 7. März. Am 4. d. M. erließ der Regierendes-Statthalter des Amts-Bezirks Bern eine Verordnung, welche alles Schießen und Illuminiren im Stadt-Bezirk Bern, ohne vorher bei der Stadt-Polizei-Direktion eingehende Bewilligung, streng und unter persönlicher Verantwortung für alle daraus entstehenden Folgen verbietet. Eben so soll alles Zusammenrottiren in den Lauben oder Gassen durchaus nicht gestattet werden. Man hatte am nämlichen Tage, als diese Verordnung erschien, die einseitige Verhaftungs-Entlassung von Oberst Tschanner erwartet, und, wie es scheint, unruhige Auftritte befürchtet.

Vermischte Nachrichten.

Die in Breslau verstorbene unverehelichte Beate Dorothea Nachal hat in ihrem Testamente ein Legat von 3000 Rthlr. zu einer Fundation für unverheiratet gebliebene Jungfrauen aus dem Civilstande, und der in Glas verstorbenene Eisenhändler Kuschel hat der dortigen katholischen Schule ein Vermächtniß von 1000 Rthlrn. ausgesetzt.

Napoleon sagte einst zu dem Gouverneur von Sevilla: Wenn sich die Stadt nicht binnen drei Tagen ergibt, so lasse ich Alles rasiren. Das werden Sie nicht wagen, Sire, sagte der Spanische General. Und warum nicht? Weil Sie den Titeln: Kaiser der Franzosen, König von Italien, Protektor des Rheinbundes und Vermittler der Schweiz, nicht den Titel „Barbier von Sevilla“ beifügen werden.

Stadt-Theater.

Donnerstag den 21. März: Erste Vorstellung in der Verloosung: Schlosser und Maurer, Oper in 3 Akten von Auber.

Freitag den 22. März zum Benefiz für Herrn Fr. Mayer: Die Räuber, Tragödie in 5 Akten von Schiller.

Ediktal-Vorladung.

Ueber den Nachlaß des Auktions-Commissarius Christoph Samuel Heinrich Ahlgreen ist heute der erblichliche Liquidations-Prozeß eröffnet worden.

Der Termin zur Anmeldung aller Ansprüche steht

am 4ten Juni cur. Vormittags
um 9 Uhr

vor dem Königl. Landgerichts-Rath Bonstädt im Parteien-Zimmer des hiesigen Landgerichts an.

Wer sich in diesem Termine nicht meldet, wird aller seiner etwanigen Vorrechte verlustig erklärt und mit seinen Forderungen nur an dasjenige, was nach Befriedigung der sich meldenden Gläubiger von der Masse noch übrig bleiben sollte, verwiesen werden. Posen den 18. Februar 1833.

Königl. Preuß. Landgericht.

Bekanntmachung.

Die vormalig im D. Cronschens, jetzt Czarnikauschen Kreise, Regierungs-Departements Bromberg belegene, aus dem Vorwerke und Dorfe Behle, dem Vorwerke und Dorfe Lemnitz, dem Vorwerke und Dorfe Radosiew, dem Vorwerke und Dorfe Puzia, aus der Stadt Radolin, aus den Dörfern Stieglitz und Kunow, aus den Kolonien Theresia, Radolin, Jägerburg, Gornitz, Marienbusch, Puzig-Holland und aus mehreren einzelnen an das Dominium zinspflichtigen Etablissements bestehende, der unterzeichneten Landschafts-Direktion in der Subhastation adjudicirte freie Allodial-Rittergüter-Herrschaft Behle, soll an den Meistbietenden verkauft werden. Hierzu haben wir einen Termin auf

den 31sten Mai d. J. Vormittags
um 10 Uhr,

hier in unserm Geschäfts-Lokale angelegt, wozu wir die Kaufliebhaber mit dem Bemerken einladen, daß der Meistbietende sofort im Termine eine Kaution von 10.000 Rthlr. in Pfandbriefen, mit den dazu gehörigen noch nicht fälligen Kouponen zu erlegen hat, daß die Taxe und Kaufbedingungen in unserer Registratur eingesehen werden können, daß indessen auch die Königl. Landschafts-Direktionen zu Posen, Bromberg, Marienwerder, Stargard und Breslau, so wie der Westpreussische General-Landschafts-Agent Herr Ebers zu Berlin darüber Auskunft zu geben im Stande sind, und daß der Zuschlag bei einem annehmlichen Gebote sofort nach dem Termine bei der Königl. General-Landschafts-Direktion zu Marienwerder in Antrag gebracht werden soll.

Schneidemühl den 27. Februar 1833.

Königl. Westpr. Landschafts-Direktion.